



Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung in Offenbach am Main

Stadt
Offenbach
am Main

OF



LernenvorOrt

Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums
für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

Inhaltsverzeichnis

Bildung in Offenbach gemeinsam entwickeln – auf dem Weg zu einem übergreifenden Bündnis für Bildung	3
I. Das Selbstverständnis von Bildung in Offenbach	5
II. Sozialräumliche und bevölkerungsstrukturelle Voraussetzungen für Bildung in Offenbach	7
III. Zentrale Problemlagen der Bildungsentwicklung in Offenbach	8
IV. Im Interesse einer guten Bildung: Zentrale Aspekte der Stadt- und Landespolitik	9
V. Handlungsoptionen für die Bildungsstationen des „Lebenslangen Lernens“	11
1. Frühkindliche Bildung und Betreuung	11
2. Schulische Bildung	12
3. Übergang Schule-Beruf	15
4. Die Weiterbildung	17
Gute Bildungspolitik für Offenbach	19
Anhang	
1) Anhang 1: SGB II-Quote: Anteil der Personen im SGB II – Bezug an der 0 bis 64-jährigen Wohnbevölkerung in den statistischen Bezirken im Dezember 2010	20
2) Anhang 2: Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in statistischen Bezirken in Offenbach am Mai am 31. Dezember 2010	21
3) Anhang 3: Altersstruktur in der Stadt Offenbach 2010	22
4) Anhang 4: Thematische Karte mit der Konzentration bildungsferner Haushalte in den Grundschulbezirken	23
Impressum	24

Bildung in Offenbach gemeinsam entwickeln – auf dem Weg zu einem übergreifenden Bündnis für Bildung

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben im September 2012 gemeinsam den hier vorliegenden „Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung in Offenbach am Main“ beschlossen. Dies dokumentiert eindrucksvoll unsere gemeinsame kommunalpolitische Schwerpunktsetzung, die Erziehung und Bildung einen zentralen Stellenwert zuweist. Mit dem Orientierungsrahmen liegt eine Analyse der Situation des lebenslangen Lernens in Offenbach, seiner kritischen Punkte und Herausforderungen sowie beschreibbarer Entwicklungsbedarfe vor, die eine Grundlage für das Handlungsfeld Bildung bzw. lebenslanges Lernen in Offenbach darstellt.

Wir streben einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens zu den wichtigsten Handlungsfeldern der Bildungsentwicklung in Offenbach an. Mit dem Orientierungsrahmen werden Handlungsoptionen benannt, die die Richtung künftiger Umsetzungen anzeigen. Er entwirft jedoch kein detailliertes Handlungsprogramm, das bleibt den politisch Verantwortlichen und zuständigen Entscheidungsträgern in den verschiedenen Bereichen vorbehalten.

Mit diesem Beschluss verleihen wir der Überzeugung Ausdruck, dass Bildung im gesamten Lebenslauf eine Gestaltungsaufgabe für die ganze Kommune ist, und zwar nicht nur für die qua Amt zuständige Verwaltung, sondern auch für die Verbände, Institutionen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft, die die Bildungslandschaft in der Stadt ebenfalls prägen und gestalten. Zu den entscheidenden Bildungsakteuren ist selbstverständlich auch das Land Hessen zu zählen, dessen Gesetzgebung in entscheidender Weise die Schulentwicklung bestimmt. Das Drängen auf

eine höhere Unterstützung durch das Land und auf veränderte rechtliche Voraussetzungen für die Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land, wie sie auch Bestandteil der Münchner Erklärung des Deutschen Städtetags vom November 2012 ist, wird auch von uns geteilt, und im Orientierungsrahmen werden Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt.

Entstanden ist der Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung in Offenbach im Rahmen des kommunalen Projekts „Lernen vor Ort“ (LvO). Mit dem Rückgriff auf Ergebnisse des seit 2005 regelmäßig erstellten „Erziehungs- und Bildungsbericht Offenbach“, der im Rahmen dieses Projektes weiter entwickelt wird, und mit Hilfe zusätzlicher Erhebungen ist es gelungen, nicht bloß leitbildhafte Formulierungen zur Bildungsentwicklung zu finden, sondern datengestützt kritische Punkte und Entwicklungsbedarfe zu benennen. Vorbereitet wurde dieser Text außerdem durch Fachkonferenzen und Workshops unter Einbeziehung zahlreicher Offenbacher Bildungsakteure. Dabei wurden bestimmte Bildungsabschnitte im Lebenslauf in den Blick genommen, und zwar die Bildungszeit der 0- bis 10-Jährigen, die Sekundarstufe I bis zum Übergang in den Beruf und die Phase der Weiterbildung. In den Workshops wurden Schwerpunktsetzungen, Handlungsbedarfe und notwendige Strukturentwicklungen für die jeweiligen Bildungsbereiche aus Sicht der im Feld arbeitenden Fachexperten, der Politik und der Verwaltung sowie von Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Bildungsinstitutionen diskutiert und festgehalten.

Der endgültige Text entstand schließlich als Ergebnis weiterer Diskussionen in kommunalen Ausschüssen, Gremien und Beiräten, womit zusätzlich ein hoher Grad der Beteiligung im Entwicklungsprozess sicher gestellt wurde.

Wir sehen im Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung in Offenbach eine hervorragende Grundlage dafür, in Politik und Stadtgesellschaft zu fundierten gemeinsamen Entscheidungen für den für die gesamte Stadtentwicklung besonders wichtigen Bereich der Bildung und des lebenslangen Lernens zu kommen. Auf diesem Konsens aufbauend, werden in nächsten Schritten die zukünftigen kommunalen Strategien weiter diskutiert und bis zur Umsetzungsreife entwickelt werden.

Der Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem breit getragenen Bündnis für Bildung in Offenbach.



Sieglinde Nöllner
Stadtverordnetenvorsteherin



Horst Schneider
Oberbürgermeister

I. Das Selbstverständnis von Bildung in Offenbach

Engagement für Bildung

- Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern die Zugänge zur Bildung sichern, damit eine Beteiligung an Bildungswegen so leicht wie möglich wird.
- Bildung ist ein Menschenrecht für jeden und jede. Bildung hat einen Wert für sich und ist nicht identisch mit der formalen Bildungsbiografie. So entfaltet sie ihre Wirkung häufig erst in späteren Lebensphasen oder in einem „zweiten Anlauf“.
- Erst Bildung ermöglicht Demokratie durch Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, an der Entwicklung der Kommune und schafft Möglichkeiten, die eigenen Ziele und die eigene Individualität besser verwirklichen zu können.
- Bildung ist der wichtigste Faktor für den Zugang zu Arbeitsmarkt und beruflichen Chancen, die die selbständige Sicherung des Lebensunterhalts ermöglichen. Bildung muss den Anschluss an die steigenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitslebens herstellen.
- Bildung ist eine entscheidende Schaltstelle der Integration. Für die Stadt Offenbach mit ihrer internationalen Bevölkerung ist eine gute Bildung aller Bürgerinnen und Bürger eine Entwicklungschance für ihr Gemeinwesen. Menschen sind aus

vielen Ländern zu uns gekommen, um in Offenbach eine neue Heimat zu finden. Sie bringen vielfältige Potenziale mit und sorgen dafür, dass es in Offenbach keinen Bevölkerungsschwund gibt, sondern dass die Stadtbevölkerung wächst¹.

Bildung ist eine kommunale Aufgabe.

- Die Kommune hat einen Bildungsauftrag. Sie ist der Ort, an dem die entscheidenden Bildungsprozesse stattfinden. Als **Schulträger** und Träger der öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen, Volkshochschule und Stadtbibliothek, erfüllt sie diesen Auftrag im klassischen Sinne. Aber auch die musisch-ästhetische und kreativitätsfördernde Bildung sowie das informelle Lernen, zum Beispiel in Vereinen, sind zentraler Bestandteil kommunaler Bildung. Im kommunalen Auftrag („Daseinsvorsorge“) ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentraler Bildungsakteur; auch Bildungsmaßnahmen im Rahmen des SGB II sind nunmehr in Offenbach in kommunaler Hand². Bildung ist ein wesentlicher Faktor für soziale und interkulturelle Integration. Nicht zuletzt muss das kommunale Engagement mit dem des Landes verzahnt werden.
- Von kommunalem Interesse ist dabei eine **Ausweitung der Verantwortung** für

¹ Vgl. LvO Offenbach: *Demografie umgekehrt – Bedingungen für die Schulentwicklung in Offenbach und Frankfurt am Main, 2012*

² Offenbach ist seit dem 1.1.2012 sogenannte Optionskommune. Die Stadt Offenbach ist kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende gemäß § 6a SGB II. Die Stadt ist damit in alleiniger Verantwortung für alle Leistungen. Die Bundesagentur für Arbeit ist nicht mehr an diesen Leistungen beteiligt. Die *MainArbeit* wird zum Kommunalen Jobcenter Offenbach.

Schule, die eine Berücksichtigung der kommunalen Bedarfslagen erlaubt. Bisher wird nach „äußeren Schulangelegenheiten“³ (kommunal) und „inneren Schulangelegenheiten“ (Land) unterschieden. Die kommunalen **Steuerungsmöglichkeiten** sollten im Sinne einer erweiterten Schulträgerschaft gestaltet werden.

Bildung soll sich an der individuellen Entwicklung, am Einzelnen in seinem Lebensverlauf orientieren:

- Dieses Leitziel bedeutet, dass es ausreichende Möglichkeiten für den Einzelnen/die Einzelne gibt, die sich auf die gesamte Bildungsbiografie erstrecken; und dass sie zugänglich und erreichbar sind.
- Das wiederum setzt Folgendes voraus: eine gute Qualität der Bildung und Bildungsinstitutionen sowie des professionellen Handelns in ihnen, eine dazu benötigte Infrastruktur von Beratung sowie die Gestaltung von Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen und Bildungsstufen bzw. ihre Durchlässigkeit.

- Die gute Kooperation zwischen kommunalen und nicht-kommunalen Akteuren und Einrichtungen ist dabei von großer Bedeutung.

Bildung stellt einen wichtigen Standortfaktor dar:

- Welche Möglichkeiten der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung vorhanden sind, wie differenziert das Angebot an Schulformen, Schularten, Schulen in öffentlicher oder privater Trägerschaft ist, welche Varianten der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung sowie der Möglichkeiten für hochschulische oder hochschulnahe Bildung existieren – dies alles bestimmt maßgeblich die Attraktivität einer Stadt. Anders gesagt: Alle Elemente, die eine Bildungslandschaft ausmachen, sind als „harte Standortfaktoren“ zu betrachten.

Bildungsentwicklung ist ein integraler Teil kommunaler Strategien, die darauf abzielen, kommunale Wirtschaftsförderung mit der Stadtentwicklung zu kombinieren. Wenn, wie in Offenbach, nur noch ein geringer Anteil des ursprünglich dominanten verarbeitenden Gewerbes vorhanden ist, der Anteil wissensintensiver Dienstleistungen dagegen wächst, kann der Standort nur über eine Einbeziehung der Bildungsentwicklung gesichert werden⁴.

³ Vgl. dazu die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetags

⁴ Vgl. IHK Offenbach am Main, Stadt und Kreis, R. Behrend, P. Sülzen: Zukunftsperspektiven für die Region Offenbach am Main, März 2012, S. 34/35

II. Sozialräumliche und bevölkerungsstrukturelle Voraussetzungen für Bildung in Offenbach

- Offenbach ist eine kleine Großstadt in der Metropolregion Rhein-Main mit einer Tradition als Industriestandort, die die in diesem Sektor entstandenen Arbeitsplatzverluste immer noch kompensieren muss und mit einer hohen Arbeitslosigkeit kämpft.
- Aus der besonderen Lage in enger Nachbarschaft zu Frankfurt ergeben sich spezifische Konstellationen: Bestimmte Bildungsleistungen können nicht nur in Offenbach, sondern auch in der Metropolregion in Anspruch genommen werden.
- Die Offenbacher Wohnbevölkerung arbeitet zu einem Großteil in Frankfurt am Main. Zwei Drittel der am Wohnort Offenbach lebenden 39.724 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Statistische Vierteljahresberichte 2011) pendeln aus Offenbach aus. Die Entkopplung von Wohn- und Arbeitsbevölkerung führt dazu, dass Offenbach einen hohen Anteil von Einpendlern aufweist, die vor allem aus dem Kreis und dem weiteren Umland stammen. Von ca. 45.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsplatz Offenbach pendeln 71% nach Offenbach ein.
- Ebenfalls bildungsstrategisch relevant sind eine hohe Fluktuation der Bevölkerung und eine stetige Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung durch Zuzug und Wegzug⁵.
- Räumlich gesehen besteht Offenbach aus einer Innenstadt/Kernstadt und am Rande liegenden ehemals selbständigen kleineren Gemeinden.
- Bestimmte Gebiete in der Innenstadt sind armutsgefährdet: die statistischen Bezirke 11: Hochschule für Gestaltung, 12: Wilhelmschule, 13: Messehalle, 16: Mathildenschule, 22: Lauterborn (vgl. Übersicht Anhang 1).
- Die Offenbacher Bevölkerung hat einen großen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund⁶ (54,3%, Stand: 31.12.2011). Die Mehrzahl von ihnen wohnt im Gebiet der Kernstadt (vgl. Übersicht Anhang 2).
- Die Bevölkerung in Offenbach ist verhältnismäßig jung (vgl. Übersicht Anhang 3). Die Einwohnerzahl wächst vor allem in der Innenstadt.

⁵ Im Jahr 2010 gab es in Offenbach 11.873 Zuzüge und 10.702 Wegzüge, der positive Wanderungssaldo betrug 1.171 Einwohner. Offenbach hat nach Frankfurt den höchsten positiven Wanderungssaldo im Gebiet des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, vgl. Regionales Monitoring 2011 – Daten und Fakten – Regionalverband FrankfurtRheinMain, S.16.

⁶ In dieser Gruppe enthalten sind auch die Menschen mit ausländischem Pass.

III. Zentrale Problemlagen der Bildungsentwicklung in Offenbach

- Der Migrationsanteil der Bevölkerung eines statistischen Bezirks ist nicht gleichbedeutend mit einem hohen Anteil an Beziehern von SGB II-Leistungen. Armut und Migrationshintergrund sind zwei voneinander zu unterscheidende Faktorenkomplexe, wenn sie auch in den Bezirken 11, 12, 16 deckungsgleich und in einigen anderen Bezirken in der Tendenz ähnlich sind.
- In den Bezirken mit junger Bevölkerung, mit Armutsrisiko und Migrationshintergrund besteht für Offenbach die Gefahr, dass sich starke Segregationstendenzen entwickeln. Diese Situation stellt die Bildungs- und Stadtentwicklung gleichermaßen vor beträchtliche Herausforderungen.
- Empirische Befunde aus der Regionalforschung⁷ gelten auch für Offenbach: „Die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Kindern (und Familien) an der Bevölkerung sind zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Aussiedlern und Ausländern“⁸.
- Die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten für Kinder bis zu drei Jahren und im Alter von drei bis sechs Jahren ist in diesen belasteten Bezirken von besonderer Wichtigkeit.
- Die Schulen in diesen Bezirken haben einen großen und noch wachsenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, der erhöhte pädagogische Anstrengungen erforderlich macht, die nicht zuverlässig durch ebensolche große zusätzliche Ressourcen in Form von Lehrerzuweisungen, Mitteln für Sprachförderung und ganztägigen Angeboten, durch individuelle Diagnostik und Lernförderung unterstützt werden.
- Der Anteil der Jugendlichen ohne (Hauptschul-)Abschluss ist vermutlich auch in diesen Bezirken besonders hoch. Der demografische Wandel führt nicht automatisch zu einem besseren Verhältnis von Ausbildungsplätzen und Bewerberinnen und Bewerbern. Jugendliche mit schwachen Schulleistungen müssen Unterstützung und Hilfestellung für das Finden eines Ausbildungsplatzes und die Bewältigung der Ausbildungsanforderungen erhalten.
- Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund haben die schlechtesten schulischen Bildungschancen und nehmen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zurzeit eine „Verliererposition“ ein⁹.

⁷ Vgl. K. P. Strohmeier: *Mehr Chancen durch Bildung – Investition in die Zukunft*, in: *Der Städtetag 2011, Heft 3*, S.6-7. Vergleichbar mit Offenbach sind die Verhältnisse in einigen Kommunen des Ruhrgebiets.

⁸ Ebd. S. 6

⁹ Vgl. EBO 2011, S. 51 und S. 65-66

- Immer mehr Jugendliche haben die Chance, in den weiterführenden Schulen höhere Bildungsabschlüsse anzustreben. Die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler/innen bringen auch in diesen Schulen einen erhöhten Förderbedarf mit sich, für den die weiterführenden Schulen entsprechend ausgestattet werden müssen.

Offenbach nutzt das Potenzial, das seine demografische Struktur bietet, noch nicht genügend. Der hohe Anteil junger und internationaler Bevölkerung repräsentiert auch eine hohe interkulturelle Kompetenz. Dies bietet gerade in einer „internationalisierten Welt“ vielfältige Entwicklungschancen, Anknüpfungs- und Kontaktmöglichkeiten. Offenbach muss dafür sorgen, „seine“ Kinder und Jugendlichen „mitzunehmen“. Bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegen die größten noch unerschlossenen Begabungsreserven. Eine potenzialorientierte Förderung von Kindern und Jugendlichen, die sich als Teil einer nicht auf die Defizite orientierten Integrationspolitik versteht, muss noch breit verankert werden und die kommunalen Bildungsstrategien stärker und sichtbar beeinflussen. Dazu gehört auch, dass alle Bildungsinstitutionen für den erhöhten Förderbedarf entsprechend ausgestattet werden müssen.

IV. Im Interesse einer guten Bildung: Zentrale Aspekte der Stadt- und Landespolitik

- Festzuhalten ist, dass in unterschiedlichen Quartieren besonderer Förderbedarf besteht. Ein nachhaltiges **Bildungsmanagement** sollte die Belange von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung berücksichtigen. Dazu müssen auch kleinräumige Entwicklungsprozesse beobachtet werden und in Handlungsstrategien einfließen. Besondere Bildungsanstrengungen sind in den Quartieren erforderlich, in denen die Stadt besondere Integrationsaufgaben zu erfüllen hat. Das ist bei der Bildungs- und Quartiersentwicklung zu beachten.

Vorstellbar sind unterschiedliche konkrete Handlungsoptionen (Beispiele):

- Über einen bestimmten Zeitraum hinweg für Bildungsinstitutionen **besondere Ressourcen** zur Verfügung stellen, z. B. durch Zusammenfassung der städtischen Mittel.
- **Bildungs- und Stadtteilinstitutionen** für ausgewählte Entwicklungsvorhaben gezielt **zusammenführen**, z.B. im Sinne eines quartiersbezogenen Bildungsmanagements. Ansätze dazu sind bereits über das Quartiersmanagement vorhanden. Sie können von bildungsbezogenen Analysen und Maßnahmen flankiert werden.
- Mittel und Vorhaben der **bildungsbezogenen Integrationspolitik** systematisch quartiersspezifisch konzentrieren.
- Eingeworbene **zusätzliche Projektmittel** in diesen Quartieren bündeln und sie systematisch auf **festgelegte Schwerpunkte** konzentrieren.
- Wichtig ist auf jeden Fall eine enge Verzahnung aller Maßnahmen der **Stadtentwicklung mit der Bildungsentwicklung im Quartier**. Es müssen alle Politikfelder und Akteure mit verfügbaren Ressourcen zusammenarbeiten.

Die Stadt Offenbach muss gegenüber dem Land zentrale Forderungen formulieren:

1. Nutzung des Sozialindex des Hessischen Kultusministeriums für die Berechnung der Zuweisungen des Landes für Schulbau und den laufenden Betrieb an den Schulen. Sie sind seit 2010 nicht gestiegen. Dies gilt auch für die Mittel für ganztägige Arbeit bzw. Lehrerstellen.
2. Ausgleich des Landes für den frühzeitigen Ausbau der U3-Plätze durch die Kommune.
3. Forderung nach erhöhten Mitteln für den außerordentlichen kommunalen Bedarf an Sprachförderung in allen Bildungsstationen des Lebenslangen Lernens, von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung.
4. Aufgrund der „umgekehrten Demografie“ der relativ jungen Bevölkerung in Offenbach muss sich das Land auch bei Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Bildungseinrichtungen stärker beteiligen.
5. Das Land muss die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um die Zusammenarbeit der Bildungsakteure zu unterstützen und abzusichern. Es müssen tragfähige rechtliche Rahmenbedingungen entwickelt werden, beispielsweise für die gemeinsame Budgetverantwortung von kommunalen und Landesmitteln und für den institutionellen Aufbau ganztägiger Arbeit.

¹⁰ Viele Großstädte haben mit diesem Problem zu kämpfen. Die Beispiele gelungener Wiederdurchmischung der Stadtviertel mit einem Bevölkerungsmix verweisen auf die Notwendigkeit kombinierter Strategien.

Geht man von einem grundlegenden Zusammenhang von Stadt- und Bildungsentwicklung aus, dann muss es in Zukunft um eine verstärkte Strategie der Aufwertung und Entwicklung der Innenstadtbereiche gehen¹⁰.

V. Handlungsoptionen für die Bildungsstationen des „Lebenslangen Lernens“

1. Frühkindliche Bildung und Betreuung

Die gesetzlichen Verpflichtungen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und die spezifische Bevölkerungsstruktur prägen die Handlungsoptionen für Offenbach:

- **Die Betreuungsplätze im Krippenalter und in der Kindertagesbetreuung sowie die Sprachförderung bis zum Schuleintritt sind auch in Zukunft weiter auszubauen¹¹.** Im Jahr 2010 wurden z.B. für die unter Dreijährigen erst 27% der vereinbarten Versorgungsquote von 35% im gesamten Stadtgebiet erreicht, wobei die einzelnen Stadtbezirke sehr unterschiedlich gut mit Kinderbetreuungsplätzen ausgestattet sind. Dies zeigt die Abbildung 1 (Seite 10).
- Eine **Sprachförderung sollte so früh wie möglich einsetzen.** Folgt man den Erkenntnissen aktueller Studien, müsste diese **für Kinder im Alter von bis vier Jahren** besonders intensiv betrieben werden.
- Unabhängig vom Kriterium des Migrationshintergrunds weisen viele Kinder aus **armutsgefährdeten Familien** Defizite in der Sprachentwicklung auf, die Sprachförderung notwendig machen.
- Viele Einrichtungen der frühkindlichen Bildung weisen durch ihre sozialräumliche Lage ein zu hohes Ausmaß sozialer und herkunftssprachlicher Segregation auf¹², was den Spracherwerb bzw. die Sprachförderung erschwert. Für diese Einrichtungen ist der Einsatz von besonders qualifiziertem Personal absolut notwendig.
- Um die gleichen Bildungschancen aller Kinder in Offenbach sicherzustellen:
- sollten auch die Sprachförderangebote in den Kitas anderer Träger ausgebaut werden;
- sollten vergleichbare Rahmenbedingungen für die pädagogische Qualität der Betreuung in den Kitas freier Träger und für die Qualifikation des dort eingesetzten Personals geschaffen werden, damit für alle vergleichbare Qualitätskriterien gelten können.
- In den Einrichtungen der Elementarbildung sollte die frühe Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen, musischen und kreativen Fähigkeiten einen hohen Stellenwert genießen.

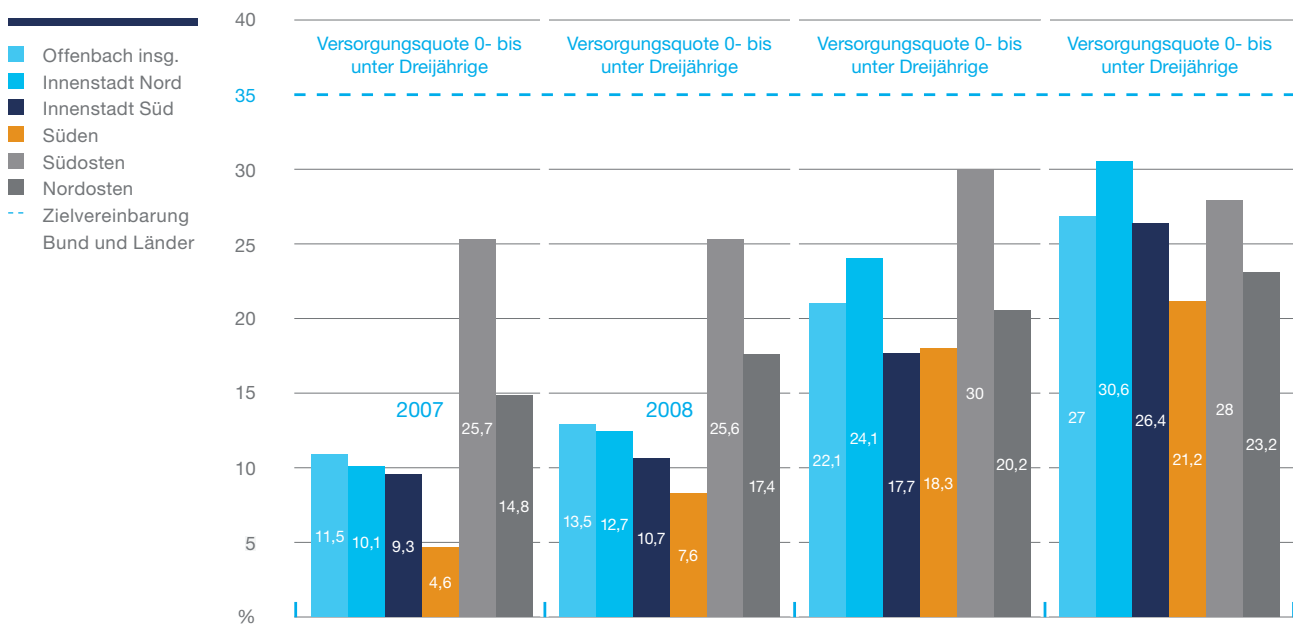
¹¹ Das belegen die aktuellen Zahlen des EBO 2011, S. 17/18.

¹² Vgl. Discussion Paper 6, Berlin Institut, T. Kiziak, V. Kreuter, R. Klingholz: Dem Nachwuchs eine Sprache geben. Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann, S. 7 und 20

- Um den Übergang von der Kita zur Grundschule für die Kinder zu erleichtern, sollte die Kommunikation der beiden pädagogischen Institutionen verbessert werden und eine Sprachförderung entwickelt werden, deren Prinzipien von Kita und Grundschule gemeinsam getragen werden (Anschlussfähigkeit der Sprachförderung).

Abbildung 1 (Quelle: EBO 2007 bis 2011, eigene Aufbereitung):

Kinderbetreuungsquote für Kinder bis drei Jahren. Die gestrichelte obere Linie markiert die von Bund und Ländern vereinbarte Quote von 35%.



2. Schulische Bildung

- Offenbach ist eine junge Stadt und wird es in der näheren Zukunft auch bleiben¹³. Damit tritt sie dem in vergleichbaren Kommunen vorherrschenden demografischen Trend der Überalterung entgegen.
- Das hat für Offenbach u.a. die Konsequenz, dass ein weiterer institutioneller Ausbau von Bildungseinrichtungen stattfinden muss (konkret eine Kindertagesstätte und eine Grundschule), um den steigenden Kinderzahlen gerecht zu werden.
- Offenbach hat besonders als Bildungschance für Kinder mit Migrationshintergrund eine strategische Schulentwicklung betrieben, die auf den Ausbau der Integrierten Gesamtschulen setzt.
- Die Mädchen nicht-deutscher Nationalität können sich besser an die schulischen Bedingungen anpassen als ihre männlichen nicht-deutschen Altersgenossen. Sie sind weiterhin stärker in der Realschule (23% gegenüber 20% Jungen) und dem Gymnasium (13% gegenüber 11% Jungen) vertreten, weniger in Hauptschulen (22% gegenüber 35% Jungen) und Förderschulen (14% gegenüber 23% Jungen)¹⁴.

¹³ U. Schedding-Kleis: Voraussichtliche Entwicklung der Zahlen der Schüler und Schulentlassenen der allgemeinbildenden Schulen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen bis 2020, in: Staat und Wirtschaft in Hessen 8/09, S.173-179

¹⁴ Vgl. EBO 2011, S. 51

Abbildung 2 (Quelle: Stadtschulamt):
 Entwicklung der Schüler/innenzahlen in Offenbach vom Schuljahr 1999/2000 bis zum Schuljahr 2010/11 und ihre Verteilung auf Schulformen

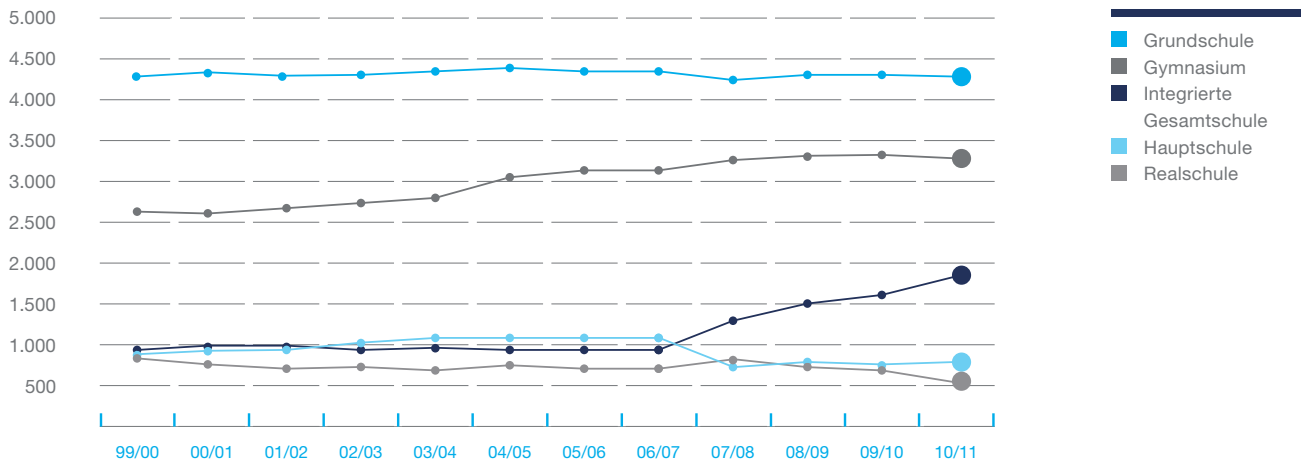
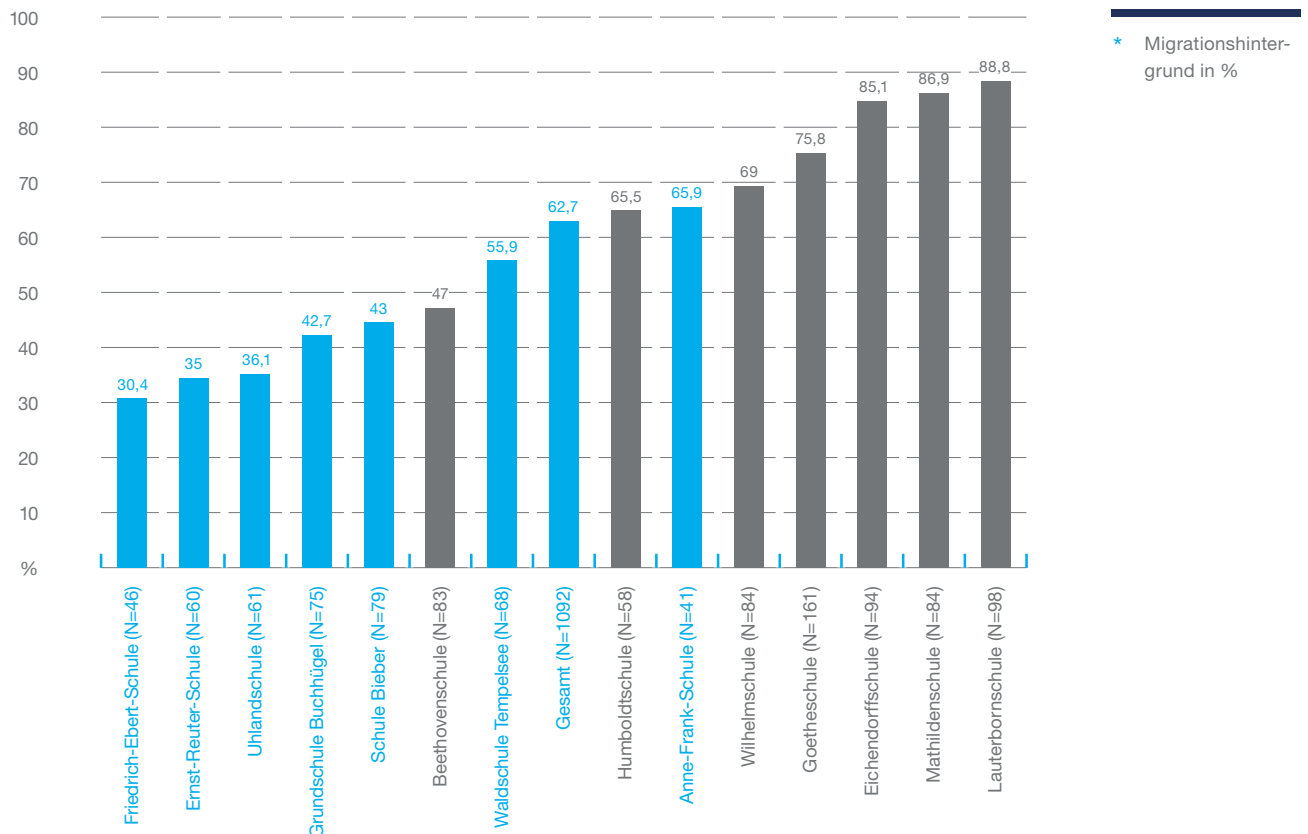


Abbildung 3 (Quelle: EBO 2011 und Stadtschulamt):
 Schüler/innen der ersten Klassen an Grundschulen 2011/12 nach Migrationshintergrund*
 (Graue Balken verweisen auf Grundschulbezirke mit hohem Anteil bildungsferner Haushalte)



Die Problemfelder der schulischen Bildung in Offenbach:

- Abbildung 3 zeigt den hohen Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (inklusive ausländischer Nationalität) an den ersten Klassen der Grundschulen.
- Die zusätzliche graue Markierung verweist auf den Standort der Schulen in Schuleinzugsbezirken mit hoher sozialer Belastung (vgl. Darstellung in Anhang 4).
- Daraus ergibt sich ein großer Anteil von Schüler/innen mit einem hohen Bedarf an Sprachförderung sowohl in der Grundschule als auch in den weiterführenden Schulen.
- Kinder mit Migrationshintergrund wechseln zu 39% nach der Grundschule in die Förderstufe (24% deutsche), d.h. sie befinden sich in niedrigeren Schullaufbahnen gegenüber den deutschen Kindern, die zu 51% an Gymnasien wechseln (gegenüber nur 32% der Kinder mit Migrationshintergrund).
- In der Gesamtheit der 7.130 Schüler/innen der Sekundarstufe I haben 55% der Schüler einen Migrationshintergrund (18% mit deutschem Pass, 37% mit nicht-deutschem Pass).
- Bei der Gruppe der männlichen Schüler nicht-deutscher Nationalität lassen sich die niedrigsten Bildungsabschlüsse feststellen (vgl. EBO 2011, S. 50/51).
- Es gibt insgesamt einen hohen Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss (vgl. EBO 2011, S. 61).

Handlungsoptionen für Offenbach:

- **Es werden weitere Ganztagschulen gebraucht.** Ergebnisse einer Längsschnittevaluation¹⁵ zeigen, dass die Teilnahme an Ganztagsangeboten positive Auswirkungen auf das Sozialverhalten der Jugendlichen und das häusliche Familienklima hat. Bei **ausreichend hoher pädagogischer Qualität der Angebote** verbessern sich auch die Schulnoten. Wenn Schulen flexibel auf die Nachfrage nach Ganztagsplätzen reagieren, steigt die Teilnahmequote sowie infolgedessen auch die Breite der Angebote und deren konzeptionelle Anbindung an den Unterricht, was wiederum die Zufriedenheit der Eltern erhöht. Man kann durchaus davon ausgehen, dass Ganztagschulen die Chancen auf Bildung erhöhen¹⁶.
- Für die neuen und für Offenbach spezifischen Anforderungen – Kooperationen mit anderen Institutionen, Zusammenarbeit verschiedener pädagogischer Professionen – sind **Fortbildungsmöglichkeiten** eine Notwendigkeit, von denen alle Gruppen der pädagogisch Tätigen profitieren sollten.
- Erprobte Konzepte der Zusammenarbeit von Eltern mit Schulen müssen an den Schulen breit eingeführt und verankert werden. Bei **den pädagogisch Tätigen, der Verwaltung und den Verantwortlichen** muss eine „Kommunikation auf Augenhöhe“ mit den Eltern gepflegt werden.

¹⁵ Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen, Ganztagschule: Entwicklung und Wirkungen, Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen 2005-2010, S. 3

¹⁶ Vgl. dazu die Beiträge des vom BMBF betriebenen Portals „ganztagschulen.org“. Ganztagschulen bieten mehr Zeit und damit mehr Möglichkeiten für die individuellere Förderung jedes Einzelnen, mehr Anlässe des sozialen Miteinanders für Schüler und Lehrer, offenere Lernformen und mehr Lebensnähe der vermittelten Inhalte sowie die Chance, durch verstärkte Kooperation von pädagogischem Personal unterschiedlicher Professionen die Erfolgsbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung deutlich zu verbessern.

- **Die individuelle Förderung** von Kindern und Jugendlichen als zentrale Leitidee zur Gestaltung von Schule und ihrer kommunalen und strukturellen Rahmenbedingungen erfordert kleinere Lerngruppen, institutionalisierte Lerndiagnostik und Therapie, individuelle Begleitung der Kinder und einen kompetenten Umgang mit Differenzierung. Ein solcher Ansatz kommt den besonderen Lernvoraussetzungen und Bildungsbedarfen des einzelnen Schülers und damit auch der Schüler/innen mit Behinderung entgegen. Zugleich stellt die individuelle Förderung eine wesentliche Voraussetzung/Gelingensbedingung für die geforderte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungswesen dar¹⁷.
- Der internationalen Bevölkerung der Stadt und den gestiegenen Anforderungen an Fremdsprachenkompetenz entspricht es, dass verstärkt im Grundschulbereich Möglichkeiten des mehrsprachigen Unterrichts angeboten werden sollten. Der zunehmenden Bedeutung von muttersprachlichen Schlüsselqualifikationen würde damit ebenfalls Rechnung getragen.
- Die enge Kommunikation zwischen Kommune, Schulen sowie staatlichem Schulamt ist in einem solchen Arbeitszusammenhang eine wesentliche Garantie für den Erfolg.
- Dieses Selbstverständnis einer „erweiterten Schulträgerschaft“¹⁸ und einer funktionsfähigen Zusammenarbeit zwischen Kommune, Land und Schulen sollte als Kooperationsstruktur dauerhaft etabliert werden.
- Kernelemente sind dabei die Weiterentwicklung und Systematisierung der **Kooperation zwischen den unterschiedlichen Systemen der Bildung, etwa von Schule und Jugendhilfe**, sowie die Vereinbarung und Umsetzung eines Konzeptes zur Begleitung der Kinder bei ihrem Wechsel zwischen den Systemen und damit zur **Gewährleistung „gelingender Übergänge“**.
- Die unterschiedlichen Schulerfolge von Jungen und Mädchen erfordern auch geschlechtsspezifisch unterschiedlich gestaltete strukturelle Förder- und Lernkonzepte.
- Um den Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen (besonders zu den Gymnasien) für die Kinder zu erleichtern, ist die Beratung der Eltern über die Konsequenzen ihrer Entscheidung für einen weiterführenden Bildungsgang zu intensivieren. Die Schulkulturen sollten besser aufeinander abgestimmt und entsprechende Förderangebote in der Sekundarstufe I eingerichtet oder ausgebaut werden, damit die Übergänge sich nicht als Barrieren für erfolgreiche Schulkarrieren erweisen.

3. Übergang Schule – Beruf

Die Problemfelder beim Übergang Schule – Beruf in Offenbach:

- Die Verteilung von Männern und Frauen auf die unterschiedlichen Segmente des Berufsbildungssystems zeigt, dass Frauen zu 53% gegenüber Männern mit 72% in dualen Ausbildungsgängen vertreten sind, während Frauen mit 20%

¹⁷ Vgl. UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf>

¹⁸ Die erweiterte Schulträgerschaft, die als breite Forderung des Deutschen Städtetags 2007 anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ erhoben wurde, wird mit dem wachsenden kommunalen Steuerungswillen in Bezug auf die notwendige Schulentwicklung vor allem auch in sozial problematischen städtischen Bezirken begründet und setzt eine Umlenkung entsprechender Ressourcen aus den Ländern zu den Kommunen voraus.

(Männer zu 4%) im Schulberufssystem eine Ausbildung absolvieren¹⁹.

- Jugendliche ohne deutschen Pass sind mit 41% (gegenüber Deutschen mit 70%) in der dualen Ausbildung in Offenbach unterrepräsentiert.
- Rund ein Viertel der Schulabgänger/innen nutzen Angebote und Maßnahmen des Übergangssystems in Offenbach. Damit liegt dieses Segment an zweiter Position nach der dualen Berufsausbildung und vor der schulischen Berufsausbildung.
- Von einer unzureichenden oder nicht gelingenden Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt sind zu 17% die deutschen Schüler/innen des Berufsbildungssystems, zu 48% die Nichtdeutschen betroffen (sie stellen die meisten Teilnehmenden des Übergangssystems²⁰).

Handlungsoptionen für Offenbach:

- Eine gute Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf mit den dabei beteiligten vielfältigen Akteuren stellt in mehrfacher Hinsicht eine kommunale Herausforderung dar und sollte zukünftig verbindlich geregelt werden.
- Im Prozess der Berufsorientierung sollte aktiv darauf hingewirkt werden, die Geschlechterstereotype zu überwinden, um das in Frage kommende Berufsspektrum zu erweitern.

Zentrale Punkte beim Übergang Schule – Beruf sind:

- Eine qualifizierte Förderung benachteiligter junger Menschen, um sicherzustellen, dass kein Jugendlicher „zurückbleibt“.
- Eine individuelle Übergangsbegleitung vor allem von benachteiligten Jugendlichen.
- Die intensivere Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Das „Matching“ von Anforderungsprofilen der Betriebe mit den Kompetenzprofilen der Schulabgänger/innen. Dafür ist eine qualifizierte Kompetenzfeststellung erforderlich.
- Möglichkeiten eines sukzessiven Übergangs in reguläre Ausbildung (zum Hintergrund: das Übergangssystem sollte übersichtlicher und zielführender gestaltet sein, die einzelnen Maßnahmen sind möglichst gut aufeinander abzustimmen, auch wenn die rechtliche und finanzielle Verantwortung bei unterschiedlichen Trägern liegt).
- Die Nutzung der bisher schon abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen den institutionellen Akteuren: Stadt, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, staatlichem Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main, Agentur für Arbeit, DGB, Arbeitskreis Schule – Wirtschaft u.a.

¹⁹ Vgl. EBO 2011, S. 90/91. Das Berufsbildungssystem besteht aus den drei Elementen duale Ausbildung, Schulberufssystem (Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die zu einem anerkannten Abschluss führen, aber in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen angeboten werden) und Übergangssystem. Hierunter fallen z.B. Angebote und Maßnahmen, die zu einer qualifizierenden Ausbildung führen sollen, berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit etc.

²⁰ Vgl. EBO 2011, S. 91 und <http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/bildung-und-beruf/ausbildung-und-uebergang-schule-beruf/>, letzter Zugriff am 06.08.2012

4. Die Weiterbildung

Die Problemfelder in der Weiterbildung in Offenbach:

- Gerade angesichts der schon beschriebenen Bevölkerungsstruktur kommt in der Stadt Offenbach dem organisierten Weiterbildungssystem eine besondere Bedeutung zu.
- Während die Kommune als Träger der Volkshochschule mit ihrem umfassenden Bildungsauftrag in diesem Bereich eine kommunale Pflichtaufgabe wahrnimmt, ist die Weiterbildungsbranche z.T. marktförmig organisiert bzw. von öffentlichen Fördergeldern (Bundesagentur für Arbeit u.a.) abhängig.
- Zwar ist eine Vielfalt von Angeboten innerhalb der Region Frankfurt-Rhein-Main vorhanden; dennoch ist die Weiterbildung vor Ort in guter Erreichbarkeit zum Wohnumfeld auch im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge eine zentrale Aufgabe.
- Neben der allgemeinen Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen hat die Kommune eine besondere Verpflichtung gegenüber bestimmten Adressatengruppen wie gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen.
- Außerdem müssen Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf wie z.B. funktionale Analphabeten berücksichtigt werden, deren Anteil auch unter der erwerbstätigen Bevölkerung nach neueren Studien erheblich ist. Dieser Befund trifft sicherlich auch für die Offenbacher Bevölkerung zu²¹.

Handlungsoptionen für Offenbach:

- Weiterbildung als Teil der allgemeinen Bildung im Erwachsenenalter ist immer auch Entwicklung der Persönlichkeit und der Fähigkeit, mit sich und seiner Umwelt umzugehen, sich Wissen und Bildung anzueignen. Weiterbildungsangebote dieser Art sind als permanentes Angebot mit hohem Anregungsfaktor von großer Bedeutung und für alle Bevölkerungskreise – auch zur Identifikation mit der Kommune – wichtig.
- Die Möglichkeiten, die Weiterbildung bietet, müssen in Offenbach breit zur Verfügung stehen. Weiterbildung ergänzt, erweitert und stärkt vorhandene Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen.
- Weiterbildung hilft gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund und neu Zugezogenen, die neuen Anforderungen zu meistern, die eine Veränderung der persönlichen, beruflichen und sozialen Lebenssituationen mit sich bringt²².
- Weiterbildung für Eltern ist notwendig, damit diese die Anforderungen und Differenzierungen des deutschen Bildungssystems verstehen und verantwortungsvolle Bildungsentscheidungen für ihre Kinder treffen können.
- Weiterbildung öffnet die Tür, um das nachzuholen, was im ersten Anlauf nicht gelang oder früher versäumt wurde.

²¹ Vgl. Leo.-Level-one Studie zur Größenordnung des Analphabetismus, durchgeführt von der Universität Hamburg

²² Vgl. Standortbestimmung der Volkshochschule 2011

- Im kommunalen Interesse liegt es, auch weiterhin kompensatorische Bildungsangebote entwickeln zu lassen und ihre Finanzierung sicherzustellen. Kompensatorische Bildungsangebote wie z.B. „Mama lernt Deutsch“ lassen sich nicht über die Teilnehmergebühren finanzieren.
- Übergreifende Infrastrukturen sind notwendig und von der Kommune bereitzustellen, damit die Menschen von Weiterbildung auch wirklich profitieren können. Dazu gehört zum einen die Sicherstellung von Transparenz und zum anderen eine funktionsfähige Beratungsinfrastruktur.
- Das Potenzial, das Kooperationen mit anderen Bildungsakteuren bieten, sollte weiter ausgeschöpft werden.
- Es liegt im Interesse der Kommune, dass eine regionale Koordinierung entsteht, innerhalb derer die Weiterbildungsakteure in einen geregelten Kontakt und Austausch kommen und sich über neue Aufgabenfelder verständigen.
- Das Land Hessen muss aufgefordert werden, seine Beteiligung am „Nationalen Pakt für Alphabetisierung und Grundbildung“ von Bund und Ländern durch die Bereitstellung von Ressourcen für kommunale Angebote vor Ort zu bekräftigen.

Gute Bildungspolitik für Offenbach

Gute Bildungspolitik ist Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschafts-, Integrations- und Sozialpolitik. Diese Politikfelder haben einen zentralen Bezug zueinander. Unzureichende Bildung erhöht das Risiko von Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheitsproblemen und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Gute Bildungspolitik ist deshalb wesentlich für die Zukunft des Gemeinwesens. Das gilt in besonderem Maße in der Stadt Offenbach.

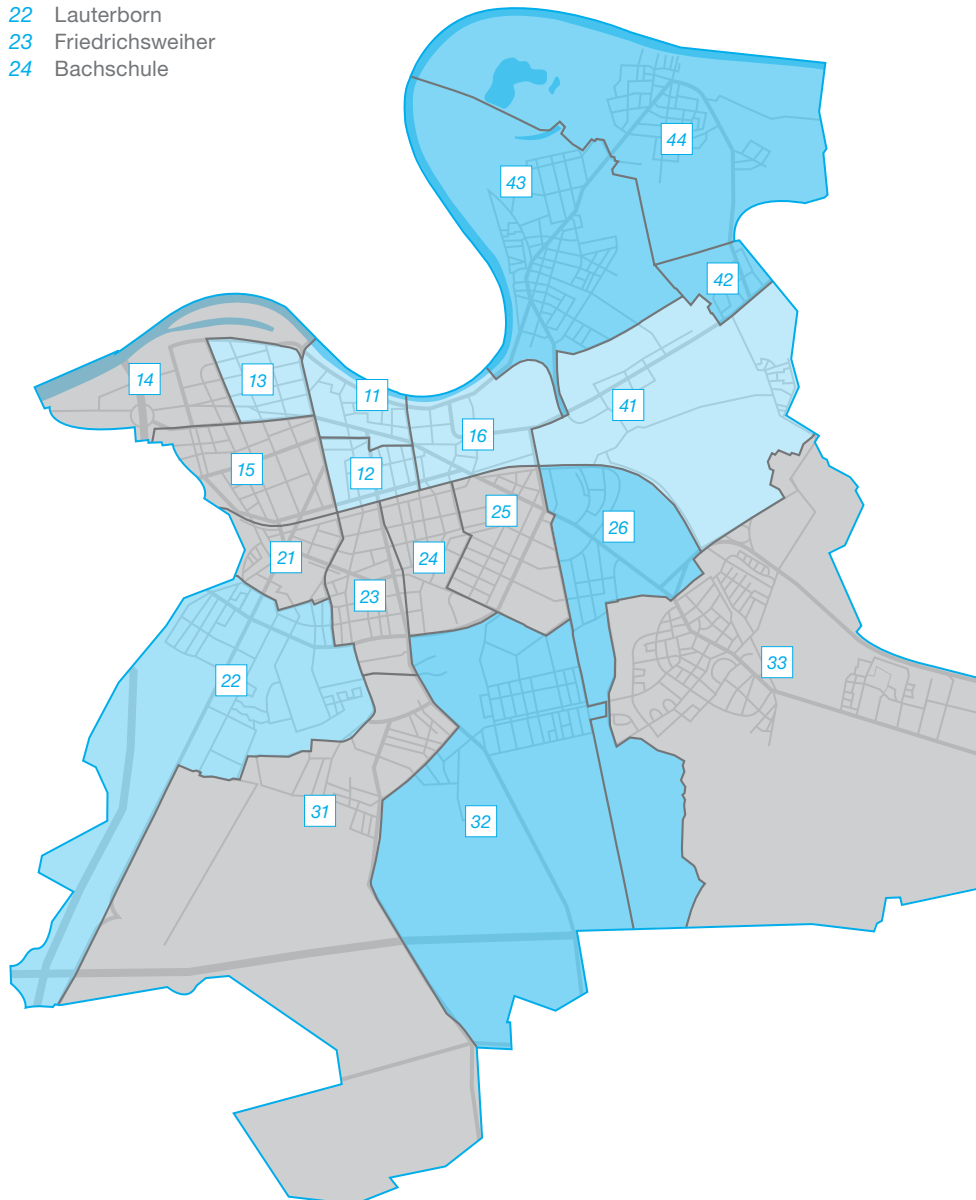
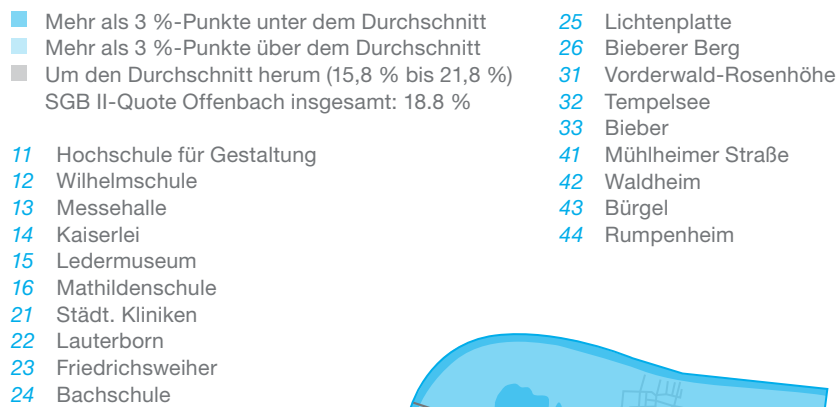
Gute Bildungspolitik schafft Transparenz der Bildungsangebote und stellt sicher, dass alle Bürger/innen, auch und insbesondere sogenannte „bildungsferne“ Gruppen, Zugang zu Bildungsmöglichkeiten erhalten. Dazu gehört auch, dass Bildung im Sozialraum, in den Quartieren und den Lebenswelten der Bürger/innen verankert wird. Die Bedeutung von Bildung muss allerdings von den Bürgerinnen und Bürgern auch erkannt werden. Eine Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung und Wertschätzung der Bildungsinstitutionen und die Förderung von Bildung.

Gute Bildungspolitik vor Ort erkennt die Bedeutung der sozialräumlichen Perspektive. Die Perspektive des Lebenslaufs mit seinen unterschiedlichen Herausforderungen und Übergängen ist für stimmige Bildungspolitik notwendig. Bildung muss in den Biografien der Menschen als lebenslange Chance und Aufgabe verankert werden.

Gute Bildungspolitik vor Ort kann nur gelingen, wenn alle Akteure professionell und vertrauensvoll zusammenarbeiten und ihre unterschiedlichen Anstrengungen ebenso professionell koordiniert werden.

Anhang 1 (Quelle: Sozialbericht der Stadt Offenbach 2011):

SGB II-Quote: Anteil der Personen im SGB II-Bezug an der 0 bis 64-jährigen Wohnbevölkerung in den statistischen Bezirken im Dezember 2010

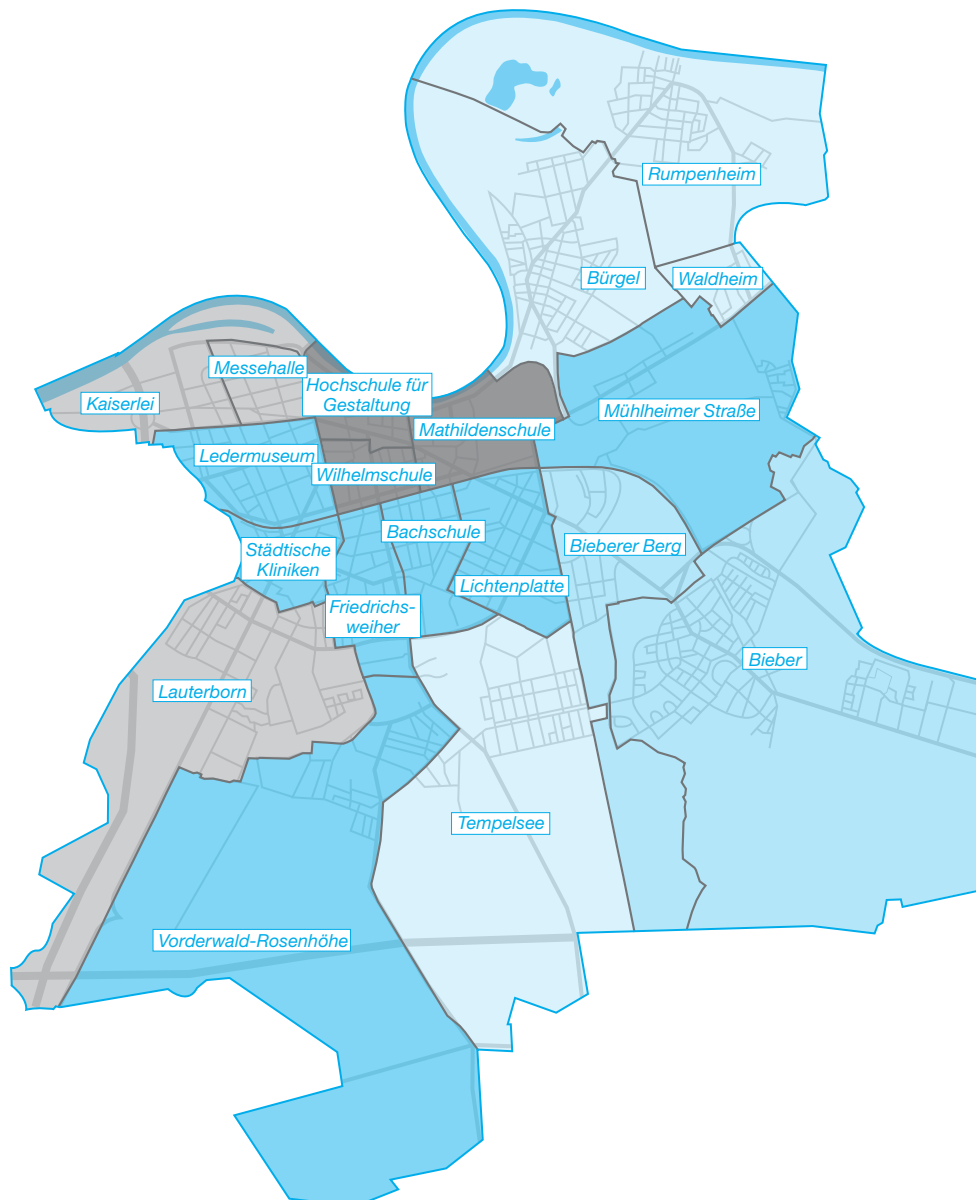


Anhang 2 (Quelle: Melderegister, MigraPro):
 Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in statistischen Bezirken in
 Offenbach am Main am 31. Dezember 2010

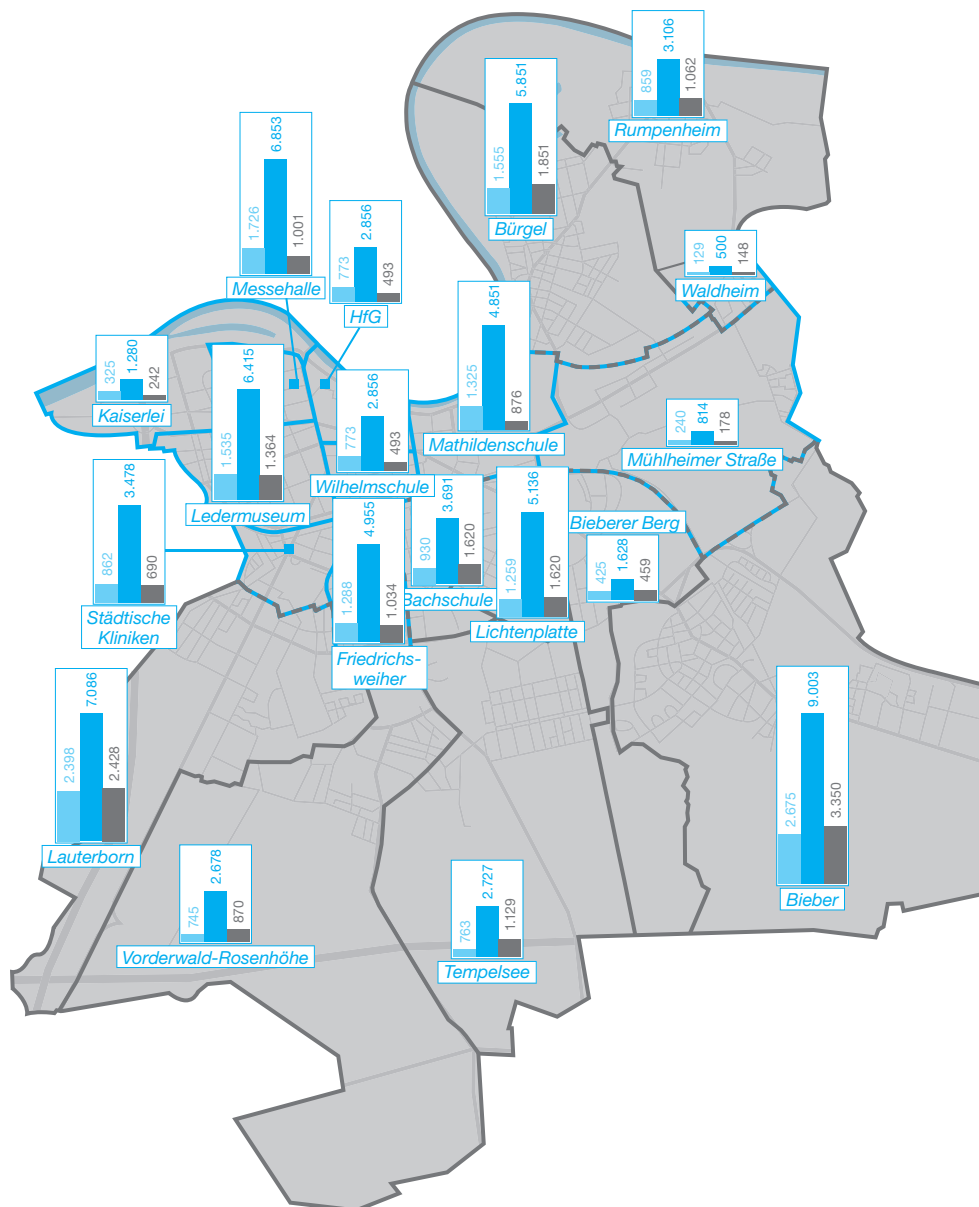
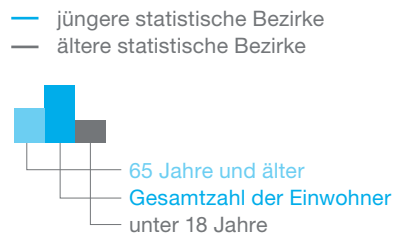
- 70 % bis 75 %
- 60 % bis unter 70 %
- 50 % bis unter 60 %
- 40 % bis unter 50 %
- 30 % bis unter 40 %

Durchschnitt: 55,2 %

Definition von Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Nicht-Deutsche, Aussiedler, eingebürgerte Deutsche



Anhang 3 (Quelle: Melderegister, Statistik und Wahlen, eigene Aufbereitung): Altersstruktur in der Stadt Offenbach 2010

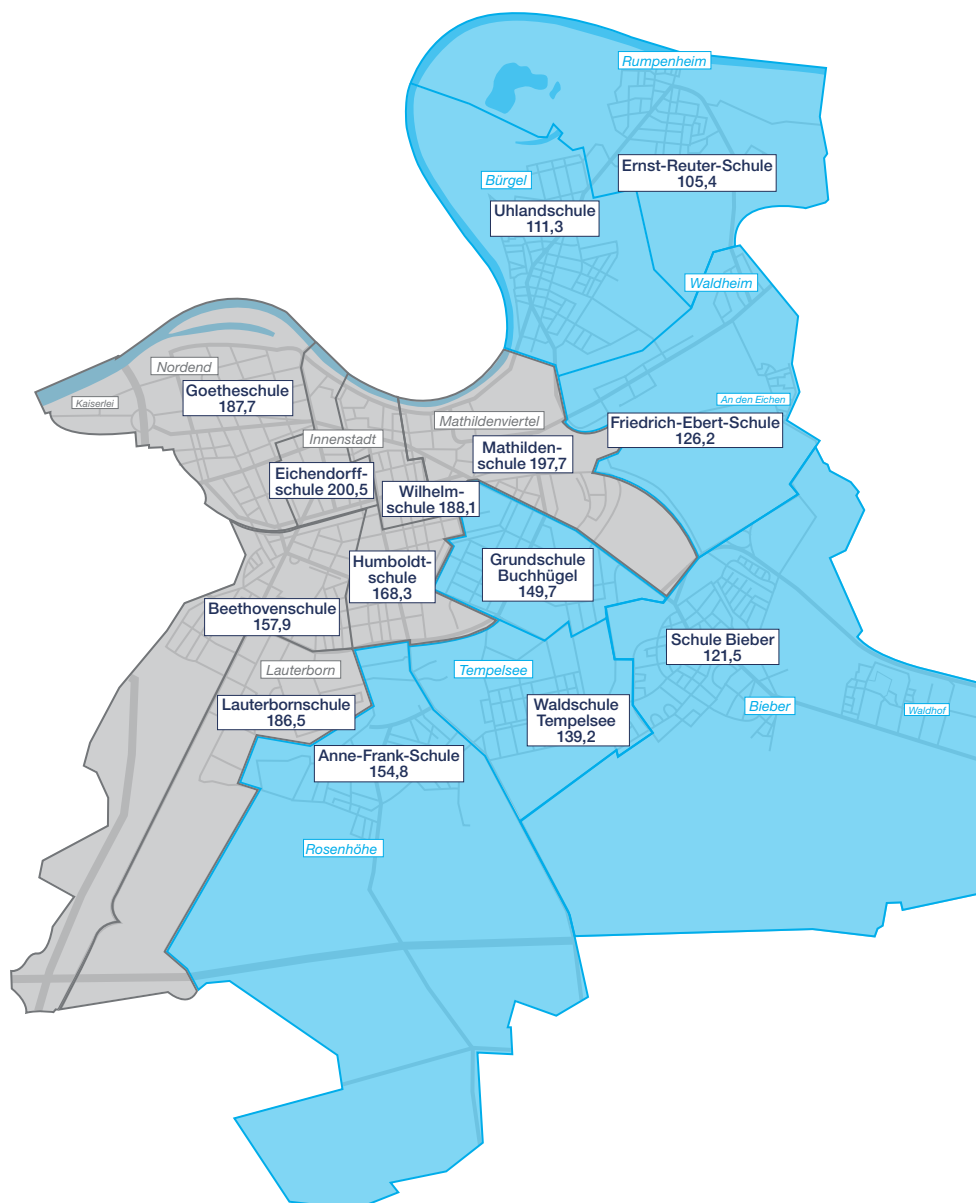


Anhang 4 (Quelle: EBO 2011):

Thematische Karte mit der Konzentration bildungsferner Haushalte in den Grundschulbezirken (nach: Index bildungsrelevanter sozialer Belastung EBO 2011, S.41)

- unterdurchschnittlich
- überdurchschnittlich

Durchschnittswert: 156.8



Impressum

Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung
in Offenbach am Main

© 2012 Lernen vor Ort, Offenbach am Main
Ein Projekt der Stadt Offenbach, angesiedelt bei
Amt 43/Volkshochschule
Berliner Straße 77
63065 Offenbach am Main

V.i.S.d.P.: Dr. Gabriele Botte

Redaktion

Felicitas von Kückler
unter Mitarbeit von:
Simone Mazari und Rupert Steegmüller,
Inge Michels, www.familientext.de
Stephan Lücke, www.agenturfuerbildung.de

Gestaltung und Design

Köhler Kreation, Offenbach am Main

Förderung

GEFÖRDERT VOM



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen

